

Gegen Kriegspolitik und Sozialkahlschlag!

Gegenwärtig findet der stärkste Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Erwerbstätigen seit 80 Jahren statt. Das ist der Inhalt der

„Zeitenwende“!

Unternehmer und die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler und Politiker sind sich einig: Schluss mit dem sozialen Klimbim!

„*Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.*“

Zeitenwende heißt Kriegspolitik. Deutschland und Europa bereiten sich auf Kriegszeiten vor. Kanzler Merz erklärte, dass die Bundeswehr „konventionell zur **stärksten Armee Europas**“ werden solle. Dafür wurde eine Neuverschuldung von Tausend Milliarden Euro und mehr beschlossen. Stetig werden die Militärausgaben erhöht. Ab 2030 sollen sie 3,5 Prozent und ab 2035 **fünf Prozent des Bruttoinlandprodukts** (BIP) betragen. Gerechnet nach dem BIP von 2025 wären das 224 Milliarden Euro. Zusammen mit der **Zinslast**, die 2035 als Folge des Schuldenmachens die Hundert-Milliarden-Marke reißen wird, würden Rüstungsausgaben die Hälfte des Bundeshaushalts auffressen.

Für Sozialausgaben bleibt dann kaum etwas übrig.

Kanzlerberater *Clemens Fuest*, der Chefökonom des einflussreichen Leibniz Instituts für Wirtschaftsforschung München, fordert für 2030 deshalb, dass um diese fünf Prozent des BIP, also ca. 224 Mrd. Euro, andere Ressorts des Bundeshaushalts gekürzt werden müssen, um die Staatsverschuldung zu bremsen. Dafür verlangt er weitere **Schnitte in das Sozialsystem** und den Abbau sämtlicher Subventionen. Darunter fallen Zuschläge für Nacht- und Feiertagsarbeit, Fahrtkosten zur Arbeitsstätte und Anderes. Darüber hinaus will er die verminderte Mehrwertsteuer abschaffen. Lebensmittel, der Öffentliche Nahverkehr, Gastronomie und Kultur würden dadurch erheblich teurer. Andere Ökonomen sind noch radikaler. *Moritz Schularick*, der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel und heftiger Kriegsbefürworter fordert die **Anhebung der Mehrwertsteuer** um drei Prozent. Gleichzeitig spricht er sich für die weitgehende **Abschaffung des Kündigungsschutzes** aus. An weiteren Vorschlägen, wie man uns das Fell über die Ohren ziehen sollte, besteht kein Mangel.

Den brutalen und völkerrechtswidrigen Angriff der russischen Armee auf die Ukraine nehmen sie zum Anlass für die **Behauptung**:

„Russland will uns angreifen“!

Das ist absurd, denn die wirtschaftliche Kapazität der EU übersteigt die Russlands um das Zehnfache. Die Militärausgaben der EU (ohne NATO) sind mehr als doppelt so hoch. **Umgekehrt wird ein Schuh daraus.** Deutschland und führende Staaten der EU haben das Ziel, nicht nur die Ukraine, sondern auch Russland in ihren Wirtschaftsraum einzugliedern. Sie streben danach, auf die fruchtbaren Böden der Ukraine und die unermesslichen Bodenschätze Russlands Einfluss zu gewinnen. Deswegen haben sie kein Interesse, Frieden auf der Basis des gegenwärtigen Frontverlaufs zu schließen und bewahren mit immer neuem Geld und neuen Waffen die Hülle des ukrainischen Staates militärisch und wirtschaftlich vorm Zusammenbruch. Gleichzeitig versuchen sie mit immer drastischeren Sanktionen Russland vom Weltmarkt abzuschneiden und ökonomisch zu strangulieren. Dafür nehmen sie hohe Energiepreise und vorübergehend den Verlust von Märkten in Kauf. Der schluss-**Endliche Sieg** soll entschädigen. Bis dahin muss die Masse der Bevölkerung die Kosten der Kriegspolitik tragen.

Der soziale Kahlschlag ist Folge der Kriegspolitik. Wer von Aufrüstung und Krieg nicht reden will, versteht die Ursachen der geplanten Kürzungen bei RentnerInnen, Kranken, Arbeitslosen und bei Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen nicht.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften riefen die deutsche Bundesregierung anlässlich des diesjährigen Antikriegstages dazu auf, *„sich für eine starke und handlungsfähige EU einzusetzen, die verlässlich für eine europäische Politik der Friedensfähigkeit steht.“*

Wer so etwas schreibt, vertuscht die Aggressivität der Kriegstreiber und stellt sich an die Seite der Herrschenden. Nach ihnen sind die EU und Deutschland Friedensmächte und eben keine kapitalistischen Mächte mit imperialistischen Zielen.

Es ist dringend nötig, die gewerkschaftliche Opposition, die sich gegen wachsende Kriegsgefahr und für Frieden einsetzt, zu unterstützen und weiter aufzubauen.

**Nein zu Hochrüstung,
Wehrpflicht und Krieg!
Für Frieden, demokratische
Rechte und soziale Sicherheit!**



NEIN zum Sozialkahlschlag!